



Nr. 60 | 20.05.2022

Belarus-Analysen

Krieg in der Ukraine: Soziologie und Medien in Belarus

■ ANALYSE Belarus:innen gegen den Krieg Filipp Bikanau (SATIO, Minsk)	2
■ UMFRAGEN Belarus:innen und der Krieg: Umfragen von Chatham House (Januar-Februar 2022; März 2022)	5
Bewertung der Lage in Russland: Umfragen des Levada Zentrums (März 2022)	9
■ ANALYSE Die »belarusische« Propaganda in der Berichterstattung über den russisch-ukrainischen Krieg Andrei Yeliseyeu (EAST Centre – Eurasian States in Transition Research Center, Warschau)	10
■ KOMMENTAR Das Rätsel Belarus und die Krise in der Region Katsiaryna Shmatsina (Belarussisches Institut für Strategische Studien BISS, Minsk)	12

Belarus:innen gegen den Krieg

Filipp Bikanau (SATIO, Minsk)

DOI: 10.31205/BA.060.01

Zusammenfassung

Die Frage zu beantworten, wie sich die Belarus:innen zum Krieg verhalten, wie sie das Geschehen wahrnehmen, ist 2022 recht schwer. Es gibt in Belarus nur sehr wenige verfügbare Meinungsumfragen, da das Regime in Belarus alles unternimmt, um die Erhebung von Daten zu erschweren und sich vor unabhängigen Untersuchungen zu schützen. Als offen zugängliche Information werden nur die Untersuchungen des britischen Thinktanks *Chatham House* regelmäßig veröffentlicht, die unter der Leitung von Ryhor Astapenia durchgeführt werden. Wenn Meinungsforscher zur Haltung zum Krieg zwischen Russland und der Ukraine arbeiten, müssen sie sich an den verfügbaren Daten orientieren, wie auch am Handeln der Belarus:innen, die öffentlich oder medial in Erscheinung treten. Dieser Beitrag stützt sich auf die Untersuchungen von *Chatham House* – vor allem auf Umfragen, die vom 20. Januar bis 9. Februar sowie vom 5. bis 14. März 2022, und darüber hinaus auf Studien des *Lewada-Zentrums* und des Projekts *Afina* aus Russland.

Die Belarus:innen wollen sich nicht am Krieg beteiligen

In einer Umfrage, die von *Chatham House* wenige Wochen vor Beginn des Krieges durchgeführt wurde, ist ein äußerst geringes Niveau von Kriegsbereitschaft festgestellt worden: Lediglich 11–13 Prozent der Belarus:innen zeigten eine »Falken«-Einstellung (Grafik 1 auf S. 5).

Eine Beteiligung an einem Krieg wird als Katastrophe für Belarus wahrgenommen. Nur ein Zehntel der Befragten hält es für richtig, wenn Vertragsoldaten in die Ukraine entsendet würden. Der potenzielle Tod von wehrpflichtigen Rekruten ist für die Belarus:innen ein äußerst schmerzliches Thema. Wenn man bedenkt, dass *Chatham House* bis zu 30 Prozent der Befragten ausmacht, die in der einen oder anderen Form Anhänger des derzeitigen Regimes sind (das Segment »Lukaschenkas Bastion«), dann drängt sich die Schlussfolgerung auf, dass selbst unter den Unterstützern Lukaschenkas und seines Regimes eine Beteiligung an einem Krieg unpopulär ist. Die am stärksten verbreitete Haltung besteht darin, im Falle eines Krieges die Neutralität zu wahren (56 %). Die Belarus:innen wollten keine Beteiligung an einem Krieg.

Ein Teil der Gesellschaft gibt sich Illusionen hin

Am 24. Februar begannen die russischen Streitkräfte ihren Einmarsch in die Ukraine. Der Invasion erfolgt unter anderem von belarusischem Territorium aus. Belarus wird nicht nur als Aufmarschgebiet für russische Streitkräfte genutzt; Russland wird auch die gesamte zivile und militärische Infrastruktur in Belarus zur vollen Verfügung gestellt. Von belarusischem Territorium erfolgt Raketenbeschuss, von belarusischen Flughäfen starten Flugzeuge und Hubschrauber der russischen Luftwaffe,

in den Krankenhäusern im Süden des Landes werden russische Soldaten behandelt, und Gerüchten zufolge sollen die Leichenhallen voll gefallener Soldaten sein. Gleichwohl ist laut den Umfragen von *Chatham House* **fast die Hälfte der Belarus:innen der Ansicht, dass Belarus sich nicht am Krieg beteiligt, und nur jeder Fünfte stimmt der Ansicht zu, dass Belarus ein Aggressor-Staat ist.**

Die Wahrnehmung der Rolle von Belarus in diesem Krieg hängt bei den Befragten stark davon ab, woher sie ihre Informationen erhalten. Die Meinungsforscher haben zwei Gruppen von Medien festgelegt: belarusische und staatliche russische Medien einerseits sowie belarusische nichtstaatliche und ukrainische Medien andererseits. Der Bezug von Informationen aus einer dieser beiden Medienkategorien hat einen starken Einfluss darauf, wie selbst grundlegende Phänomene wahrgenommen werden, etwa eine Beteiligung von Belarus am Krieg. Diejenigen, die Medien der ersten Kategorie nutzen, sind häufiger der Ansicht, dass Belarus nicht am Krieg beteiligt ist; diejenigen, die Medien der zweiten Kategorie konsumieren, sind häufiger der Ansicht, dass sich Belarus auf der Seite Russlands beteiligt (siehe Grafik 2 auf S. 5).

Allem Anschein nach findet das Narrativ des belarusischen Staates darüber, dass Belarus nicht aktiv am Krieg beteiligt ist, sein Publikum – zumindest bis zu dem Augenblick, da belarusische Truppen sich in den Krieg einschalten.

Selbst die hartnäckigsten Anhänger Lukaschenkas wollen nicht in den Krieg ziehen

Stehen die Belarus:innen vielleicht nach Beginn des Krieges mit mehr Zustimmung dem Krieg gegenüber? Die Antwort lautet eindeutig »Nein«. Alle Anfang März ermittelten relevanten Indikatoren weisen darauf hin, dass die Belarus:innen ihr Land nicht als Aufmarschgebiet für russische Streitkräfte sehen wollen. So fände

es nur ein Viertel der Belarus:innen positiv, wenn es in Belarus dauerhaft einen russischen Militärstützpunkt gäbe. Zu der Aussicht auf eine Stationierung russischer Atomwaffen äußerten sich 80 Prozent der Belarus:innen negativ (Lukaschenka hatte vor dem Krieg von der Möglichkeit gesprochen, dass in Belarus russische Atomwaffen stationiert werden).

Selbst dem aktuellen Format der Hilfe für die russische Armee stimmt die überwiegende Mehrheit der Bürger:innen nicht zu: Die Studie von *Chatham House* stellt eine Unzufriedenheit damit fest, dass der russischen Armee belarusisches Territorium zur Verfügung gestellt und die Ukraine von dort beschossen wird.

Darüber hinaus wird in der Studie gefragt: »Was hätte Belarus nach dem Beginn der Kriegshandlungen zwischen Russland und der Ukraine tun sollen?«. Nur 3 Prozent der Belarus:innen meinen, dass Belarus sich auf der Seite Russlands an den Kriegshandlungen beteiligen sollte (siehe Grafik 4 auf S. 4).

Die oben beschriebene Wahrnehmung zur Beteiligung von Belarus am Krieg (wohl eher als passiver Akteur) erlaubt es nicht, die Antwort auf diese Frage als Unterstützung für eine offene Invasion der belarusischen Streitkräfte in die Ukraine zu interpretieren. Die Personen, die dies unterstützen, sind rar gesät. Es lässt sich mit gutem Recht behaupten, dass keine einzige soziale oder politische Gruppe im Land einen Einmarsch belarusischer Streitkräfte zur Unterstützung der russischen Armee unterstützt.

Eine derart geringe Unterstützung gibt Anlass zur Vermutung, dass selbst unter den eifrigsten Unterstützern Lukaschenkas nur rund zehn Prozent der Ansicht sind, dass Belarus seine Truppen hätte einmarschieren lassen sollen. Diese Feststellung bietet die Möglichkeit, begründete Annahmen über die Stimmungen in den belarusischen Streitkräften zu treffen. Militäranalysen meinen, dass in die Ukraine in erster Linie die belarusischen Sondereinsatzkräfte (russ.: SSO) geschickt werden könnten. Es ist anzunehmen, dass Anwärter für die SSO nicht nur hinsichtlich der physischen Einsatzbereitschaft ein Auswahlverfahren durchlaufen, sondern hier auch eine ideologische Selektierung erfolgt (so waren Einheiten der SSO 2020 an der Niederschlagung der Proteste in Belarus beteiligt). Wenn man davon ausgeht, dass dort nur eifrige Anhänger Lukaschenkas aufgenommen werden, dann wäre nur jeder Zehnte für eine Invasion in die Ukraine geeignet. Man könnte natürlich einwenden, dass diese Menschen nur beschränkten Zugang zu Informationen haben. Dann wären es vielleicht nicht zehn, sondern 30 Prozent. Die Vorstellung von einer Invasion bleibt weiterhin nicht sonderlich populär. In jenen Einheiten des Militärs, in denen die Disziplin insgesamt weniger streng ist, insbesondere

in Bezug auf die Informationsdisziplin, ähnelt die Lage eher dem Bild in der Gesamtgesellschaft.

Geteilte Sympathien

Die geringe Unterstützung für eine Beteiligung von Belarus am Krieg bedeutet allerdings nicht, dass die Belarus:innen einhellig die Ukraine unterstützen. Bis zu einem Drittel der Bevölkerung stimmt dem Narrativ des belarusischen (oder russischen) Regimes zu. Diese Ergebnisse lassen sich durch die Art des Medienkonsums erklären.

Der Bezug von Informationen aus russischen (und – in geringerem Maße – aus belarusischen) staatlichen Medien ist bestimmend für die Einstellung zum Geschehen. Unter denen, die russische Fernsehkanäle schauen, findet die Vorstellung, dass eine Präsenz russischer Streitkräfte auf belarusischem Boden eher gut ist, mehr Unterstützung (35 bis 67 % nach unterschiedlichen Parametern. Siehe Grafik 5 und Tabelle 1 auf S. 7/8). Die bisherige Erfahrung der Forscher von *Chatham House* hat zwischen der »Lukaschenkas Bastion« und dem »Kern des Protestes« erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Sympathien für Russland oder den Westen zu Tage befördert (hinsichtlich der Sympathien für die entsprechenden Länder). Die »Bastion« sind Bürger:innen, die dem Regime gegenüber toleranter eingestellt sind; ein Teil von ihnen hat für Lukaschenka gestimmt, ein Teil bevorzugt einfach »autoritäre« Regierungsmethoden. Den »Kern« bilden Anhänger:innen des Protests; sie repräsentieren das Rückgrat der aktiven Opponenten von Lukaschenkas Regime sowie weniger aktive Bürger:innen, die diese Ansichten teilen. Nach unterschiedlichen Schätzungen sind 35–40 Prozent der belarusischen Bevölkerung dem »Kern des Protests« zuzurechnen und 25–30 Prozent der »Bastion«. Diese unterschiedlichen Wahrnehmungen in Bezug auf Russland und den Westen geben Anlass zu der Vermutung, dass für die Menschen ein geopolitischer Subtext des Geschehens besteht. Ein Teil der Befragten ist wohl der Ansicht, dass es eine gewisse aktive Konfrontation zwischen Russland und dem Westen gibt, wobei der Westen territoriale Ansprüche gegenüber Belarus (das Rattern der NATO-Panzerketten bei Hrodna, von dem Lukaschenka sprach) oder gegenüber Russland hat. Das ist eine Folge der langjährigen russischen antiwestlichen Propaganda, die nach dem August 2020 auch von Lukaschenka aufgegriffen wurde. Die Verdrängung unabhängiger Medien vom belarusischen Markt hat zusammen mit dem traditionell hohen Vertrauen in russische Medien dazu geführt, dass der (zum Teil über Jahre entstandene) Effekt der antiukrainischen und antiwestlichen Propaganda beträchtlich ist. Gleichwohl dominiert bei den Belarus:innen der Wunsch, bei dem ganzen Konflikt außen vor zu bleiben. Unter anderem

wird das mittelbar durch die Ablehnung der Idee deutlich, den Umfang der russischen Streitkräfte in Belarus zu erhöhen.

Die Belarus:innen haben grundsätzlich eine andere Wahrnehmung dieses Krieges als die Russ:innen

Die Situation scheint sich so darzustellen, als ob die Diktatoren und ihre Länder bei der Aggression gegen die Ukraine zusammen handelten. Man muss allerdings verstehen, dass der Diktator in Russland hier – anders als der Diktator in Belarus – die Unterstützung seiner Bevölkerung hat. Es ist sicherlich so, dass die Menschen in Russland auch den Krieg unterstützen. Uns liegen die Umfragen des *Lewada-Zentrums* und die Ergebnisse des Projekts *Afina* vor, eines Zusammenschlusses russischer Soziolog:innen, der das Ziel hat, die Lage in der russischen Gesellschaft nach Beginn des Krieges in der Ukraine zu durchleuchten.

Die Daten des *Lewada-Zentrums* halten für die Zeit von Februar 2022 bis März 2022 eine gewachsene Unterstützung für russische Politiker fest (u. a. für Putin, Schojgu und Mischustin). Der Indikator »Die Dinge im Land entwickeln sich in der richtigen Richtung« erreichte Werte, die mit anderen Spitzenwerten der letzten 20 Jahre vergleichbar sind. Die früheren Spitzenwerte entfielen auf die Zeit nach dem Krieg in Georgien und die Phase nach der Annexion der Krim entfielen.

Das Projekt *Afina* stellt fest, dass die Kriegshandlungen Mitte März von 60 Prozent unterstützt wurden. Wenn man bedenkt, dass in politischen Systemen wie dem derzeit in Russland bestehenden die Entscheidungen des Regimes durch eine Nichtteilnahme (und zwar in beliebiger Form: Nichtwissen, Unentschiedenheit usw.) legitimiert werden, wäre es wohl richtiger das Niveau der NICHTunterstützung für die Kriegshandlungen zu erfassen. Das liegt bei 22 Prozent.

Skeptiker sagen, dass solche Ergebnisse durch die Furcht zu erklären sind, an Umfragen teilzunehmen oder dabei auf Fragen zu antworten. Meine Kollegen, die die Daten in Russland erheben, sagen, dass die Indikatoren, die zeigen, wie viele Respondenten »erreicht« werden, sich vor dem Krieg und nach dessen Beginn kaum unterscheiden. Zudem ist zu beachten, dass das *Lewada-Zentrum* eine solide und sehr angesehene Organisation ist. Die Mitarbeiter:innen beschreiben stets offen die Methodologie und Ausgestaltung ihrer Studien. Ich habe keinen Grund zur Annahme, dass sie relevante Erreichbarkeitseffekte auf die Ergebnisse ihrer Erhebungen verschweigen würden.

Die Menschen scheuen sich wirklich, bei den Studien auf Fragen zu antworten, und zwar in Belarus wie

auch in Russland. Es ist allerdings wichtig zu verstehen, dass diese Befürchtungen die Daten nicht derart stark verzerren können, dass sie die Umfrageergebnisse auf den Kopf stellen würden.

Die Forscher:innen von *Chatham House* befragen die städtische belarusische Bevölkerung, und zwar in einem Land, das seit zwei Jahren unter beispiellosen Repressionen leidet. Sie haben vor einigen Monaten mit verschiedenen Methoden eine Verzerrung im Bereich von 10 Prozent festgestellt, die auf eine Furcht zu antworten zurückzuführen ist. *Afina* schreibt während des Krieges von einem dreizehnprozentigen »Zensurkoeffizienten«, also einer vergleichbaren Größe.

Das *Lewada-Zentrum* beschreibt zur gleichen Zeit die Entwicklung der wachsenden Zustimmung zum Vorgehen des Regimes: Nach unterschiedlichen Parametern ergibt sich ein Zuwachs von 12 bis 18 Prozent. Legt man den »Zensurkoeffizienten« an, kommt man zu dem Schluss, dass die Zustimmung zum Regime gewiss nicht abgenommen hat und die Russ:innen *en masse* der Ansicht sind, ihr Land bewege sich in der richtigen Richtung.

Bei einem Vergleich von Belarus und Russland stellen wir fest, dass sich die Anteile der Menschen, die bereit sind zu sagen, dass sie der »Generallinie der Partei« nicht zustimmen, sich in den beiden Ländern grundlegend unterscheiden. Während der Anteil in Belarus bis zu 70 Prozent beträgt, liegt er in Russland unter Berücksichtigung des Zensurkoeffizienten bei unter einem Drittel. Dabei gehen die Repressionen in Belarus weiter. Die Studie von *Chatham House* wurde nach einer gezielt grausamen Unterdrückung von Antikriegsprotesten in Belarus unternommen. Ungeachtet dieser Situation sprach sich ein großer Teil der Gesellschaft gegen das offizielle Narrativ aus. Einige (die mutigsten) Belarus:innen sind in einem Partisanenkrieg aktiv: Sie sabotieren trotz der gewaltigen Risiken für die eigene Freiheit und ihr Leben russische Militärtransporte per Schiene, sammeln Informationen über die Verlegung russischer Truppen innerhalb von Belarus und übergeben diese der Ukraine. In Russland hingegen ist außer sporadischen Antikriegsdemonstrationen keinerlei Widerstand zu beobachten.

Das alles lässt den Schluss zu, dass **die Belarus:innen absolut gegen ihren Willen in diesen Krieg hineingezogen wurden und sich an ihm nicht beteiligen wollen, und zwar unabhängig davon, was sie über die Kriegsparteien denken und wen sie unterstützen.**

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Stand: 08.04.2022

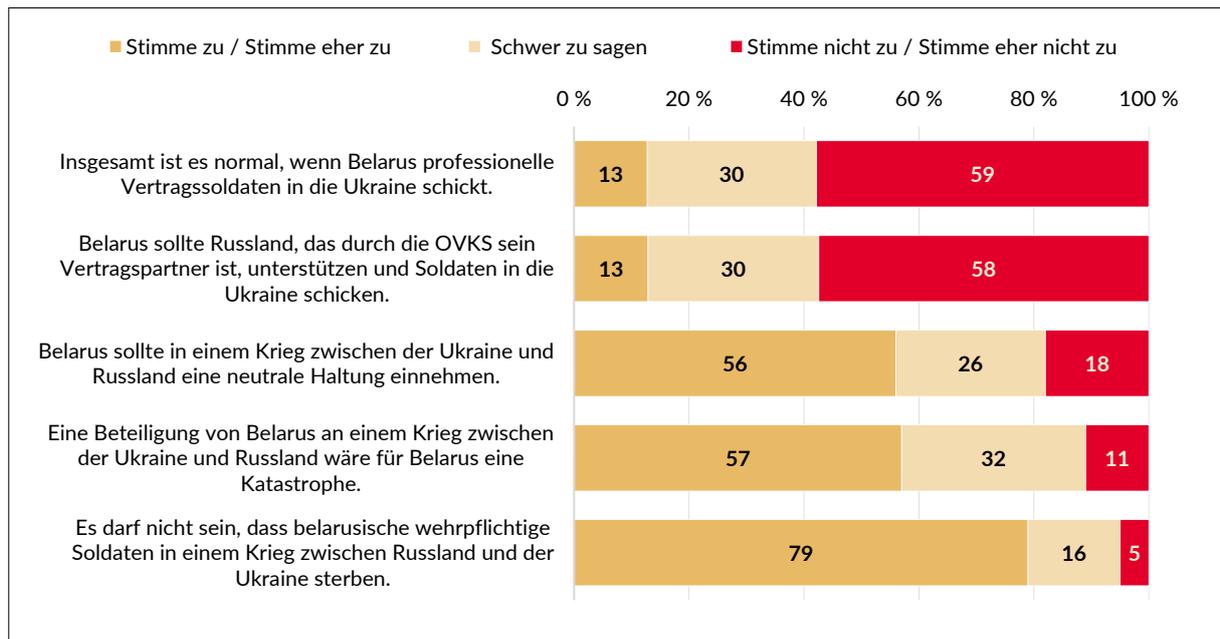
Über den Autor

Filipp Bikanau ist belarusischer Soziologe und Meinungsforscher. Er leitet eine Vielzahl von Forschungsprojekten zur Wahrnehmung von sozialen und politischen Phänomenen und deren Auswirkung auf die öffentliche Meinung in Belarus.

UMFRAGEN

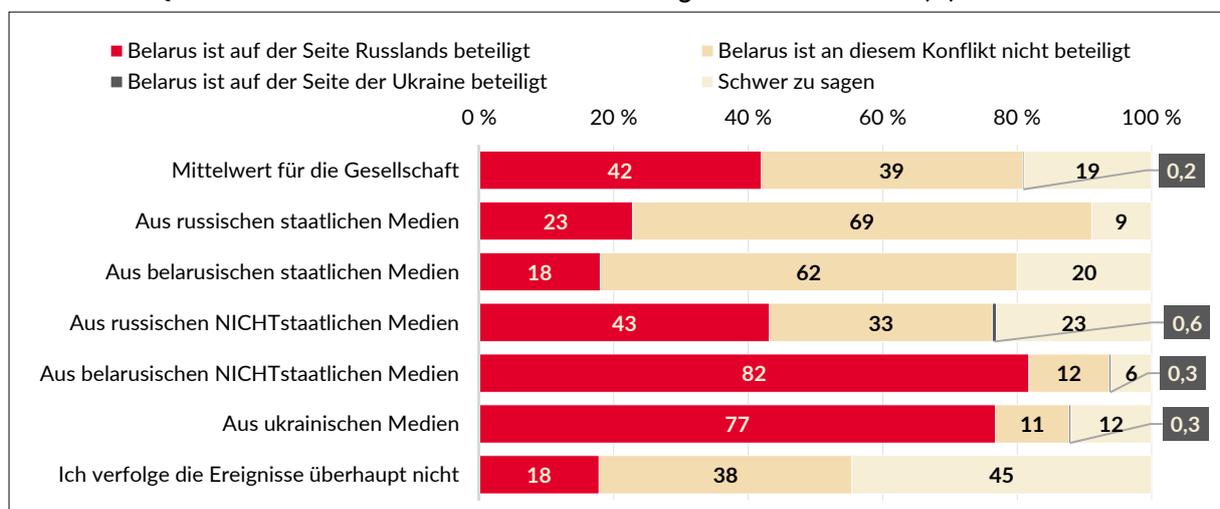
Belarus:innen und der Krieg: Umfragen von Chatham House (Januar–Februar 2022; März 2022)

Grafik 1: Einstellung zu einem möglichen Krieg
Viele haben die Befürchtung, dass zwischen Russland und der Ukraine ein richtiger Krieg ausbrechen könnte. Vor Ihnen liegen einige Aussagen – welcher stimmen Sie zu, und welcher nicht? (%)



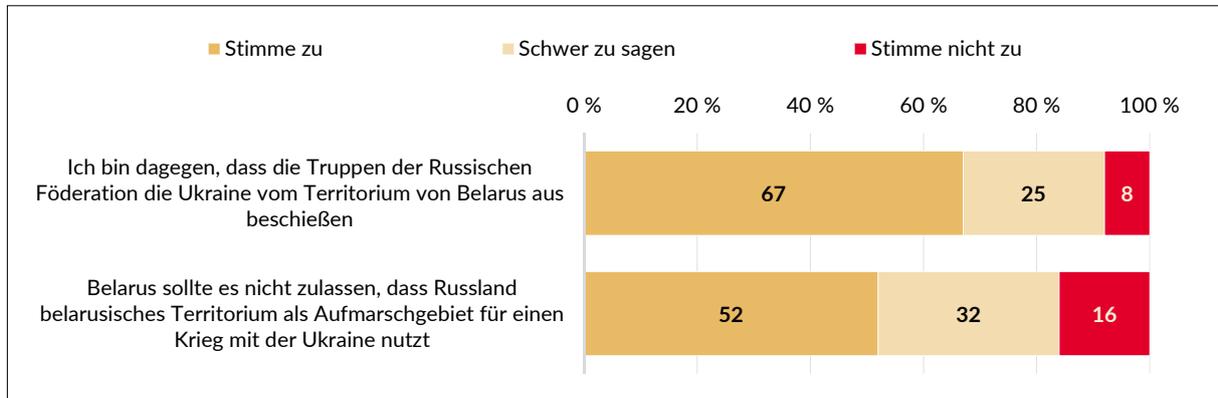
Quelle: What Belarusians think about the upcoming referendum and a possible war, S. 13, Umfrage durchgeführt vom 20.01.2022 bis zum 09.02.2022, https://drive.google.com/file/d/1oKltxOEv7rmdrShk_FMEIIN7krtTtejaz/view

Grafik 2: Überzeugungen hinsichtlich einer Beteiligung von Belarus an den Kriegshandlungen Russlands in der Ukraine, je nach Medien
Am 24. Februar 2022 haben umfangreiche Kriegshandlungen zwischen der Ukraine und Russland begonnen. Welche dieser Aussagen stimmt am meisten mit ihrer Ansicht überein? Aus welchen Quellen erhalten Sie Informationen über die Ereignisse in der Ukraine? (%)



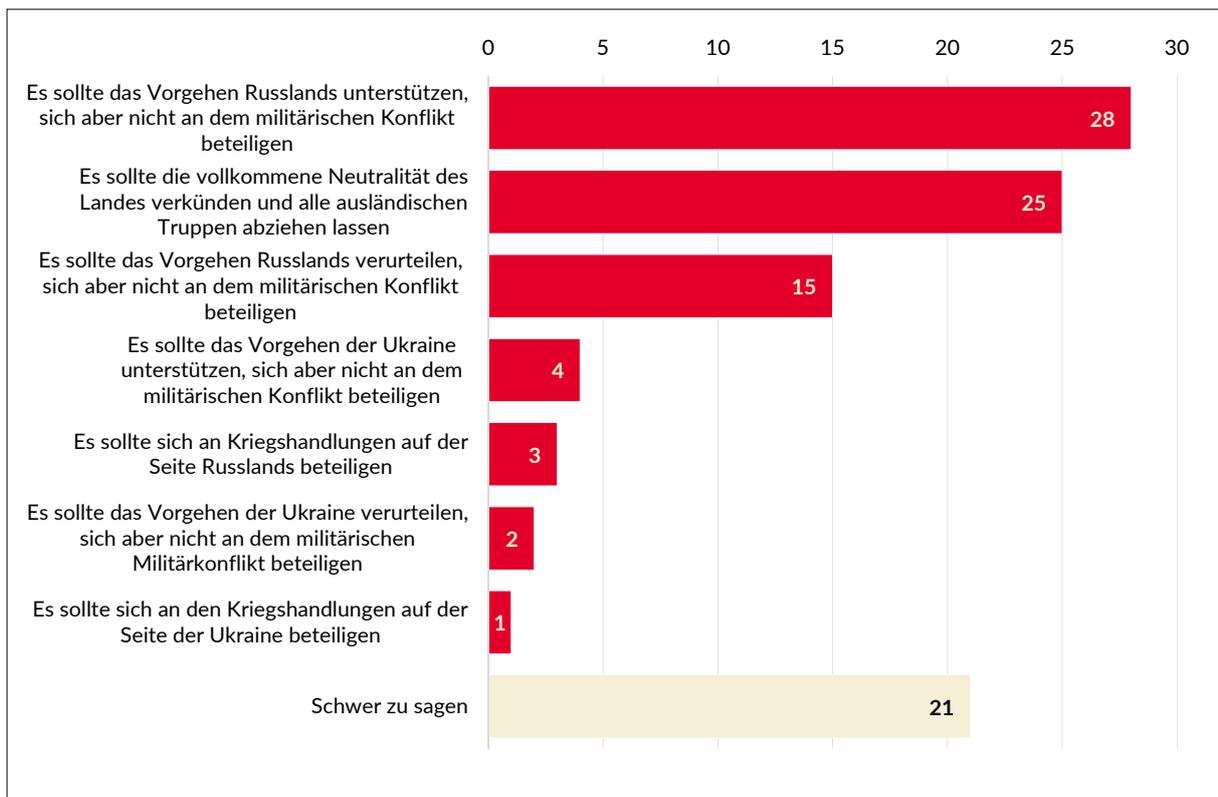
Quelle: Belarusians' views on the military conflict between Russia and Ukraine, S. 12, Umfrage durchgeführt vom 05.03.2022 bis zum 14.03.2022, https://drive.google.com/file/d/1usMUni92q0VDIBsV2_HW_n7VfxfFe6wwB/view

Grafik 3: Beteiligung von Belarus an Kriegshandlungen
Stimmen Sie folgenden Äußerungen eher zu oder eher nicht zu? (%)



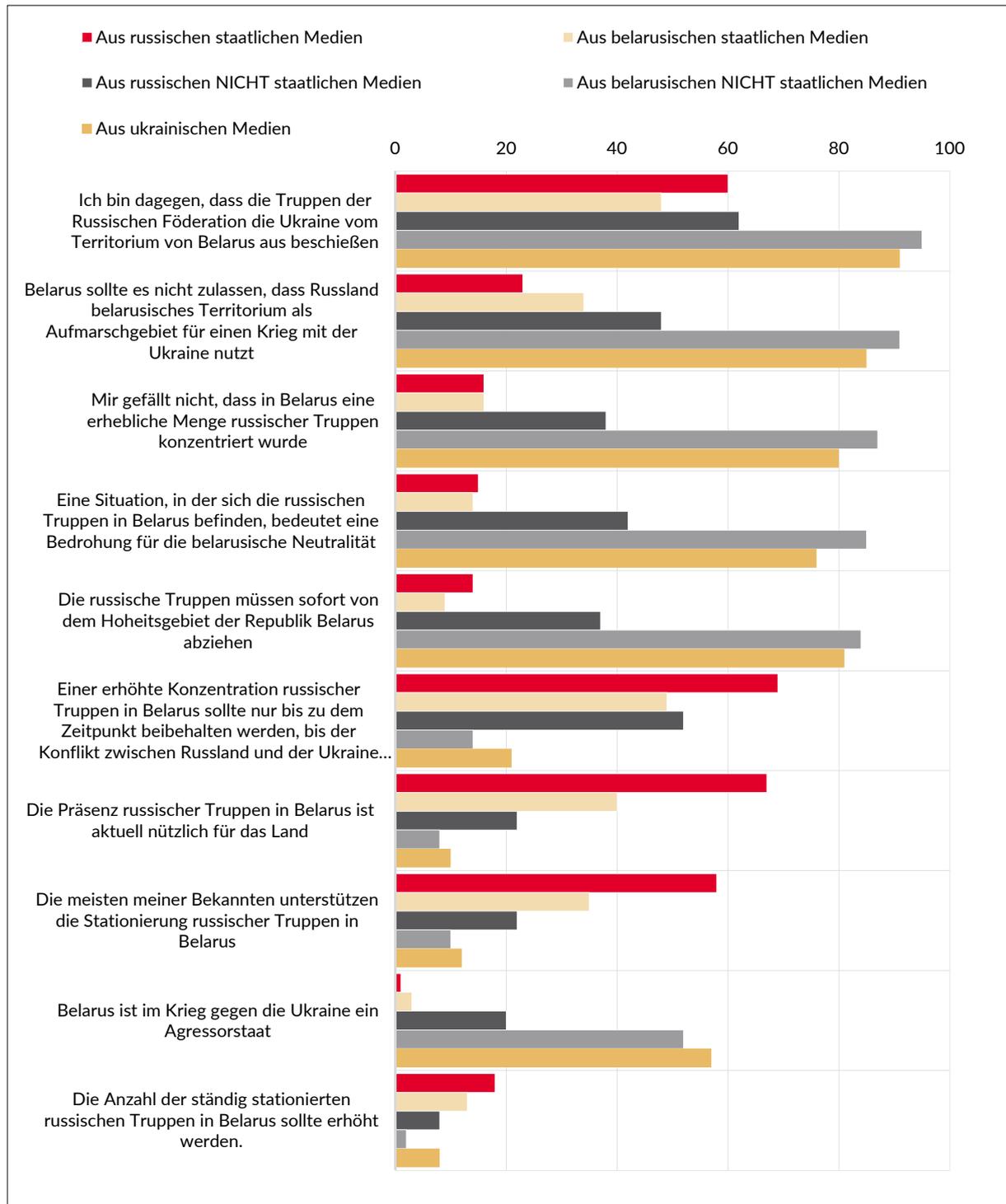
Quelle: Belarusians' views on the military conflict between Russia and Ukraine, S. 5, Umfrage durchgeführt vom 05.03.2022 bis zum 14.03.2022, https://drive.google.com/file/d/1usMUni92qOVDIBsV2 HW_n7VfxrFe6wwB/view

Grafik 4: Beteiligung von Belarus an Kriegshandlungen
Was hätte Belarus nach dem Beginn der Kriegshandlungen zwischen Russland und der Ukraine tun sollen? (%)



Quelle: Belarusians' views on the military conflict between Russia and Ukraine, S. 7, Umfrage durchgeführt vom 05.03.2022 bis zum 14.03.2022, https://drive.google.com/file/d/1usMUni92qOVDIBsV2 HW_n7VfxrFe6wwB/view

Grafik 5: Zustimmung zu Behauptungen hinsichtlich der Kriegshandlungen Russlands auf dem Gebiet der Ukraine, nach Informationsquellen
Stimmen Sie folgenden Aussagen zu oder nicht? Aus welchen Quellen erhalten Sie in erster Linie Informationen über die Ereignisse in der Ukraine? Aufgeführt wird der Anteil der Zustimmung zu den Aussagen, absteigend sortiert nach dem Gesamtdurchschnitt (%)



Quelle: Belarusians' views on the military conflict between Russia and Ukraine, S. 13, Umfrage durchgeführt vom 05.03.2022 bis zum 14.03.2022, https://drive.google.com/file/d/1usMUni92qOVDIBsV2HW_n7VfxfFe6wwB/view; siehe auch Tabelle 1 auf S. 8.

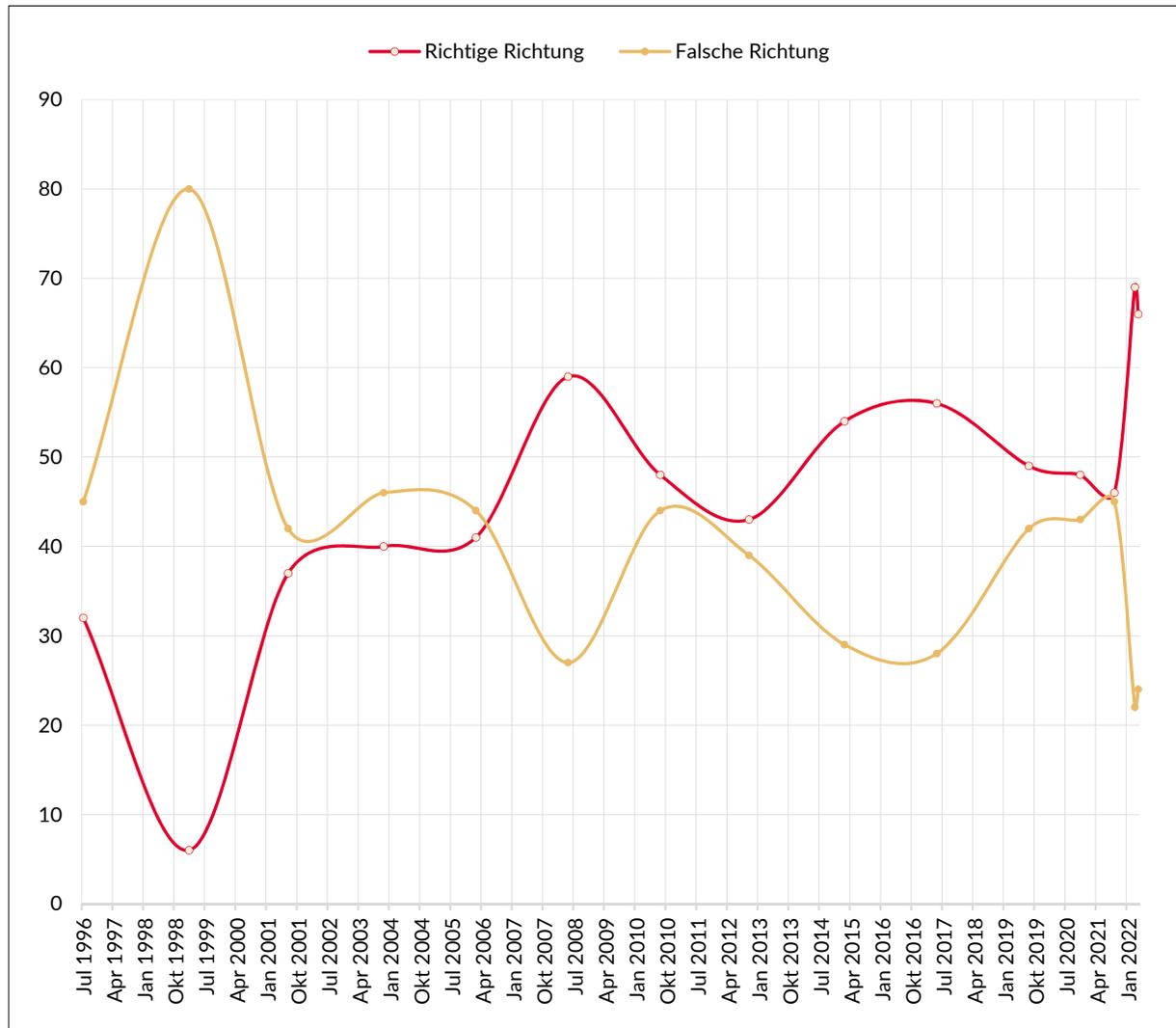
Tabelle 1: Zustimmung zu Behauptungen hinsichtlich der Kriegshandlungen Russlands auf dem Gebiet der Ukraine, nach Informationsquellen
Stimmen Sie folgenden Aussagen zu oder nicht? Aus welchen Quellen erhalten Sie in erster Linie Informationen über die Ereignisse in der Ukraine? Aufgeführt wird der Anteil der Zustimmung zu den Aussagen, absteigend sortiert nach dem Gesamtdurchschnitt (%)

	Aus russischen staatlichen Medien	Aus belarusischen staatlichen Medien	Aus russischen NICHT staatlichen Medien	Aus belarusischen NICHT staatlichen Medien	Aus ukrainischen Medien
Ich bin dagegen, dass die Truppen der Russischen Föderation die Ukraine vom Territorium von Belarus aus beschießen	60	48	62	95	91
Belarus sollte es nicht zulassen, dass Russland belarusisches Territorium als Aufmarschgebiet für einen Krieg mit der Ukraine nutzt	23	34	48	91	85
Mir gefällt nicht, dass in Belarus eine erhebliche Menge russischer Truppen konzentriert wurde	16	16	38	87	80
Eine Situation, in der sich die russischen Truppen in Belarus befinden, bedeutet eine Bedrohung für die belarusische Neutralität	15	14	42	85	76
Die russische Truppen müssen sofort von dem Hoheitsgebiet der Republik Belarus abziehen	14	9	37	84	81
Einer erhöhte Konzentration russischer Truppen in Belarus sollte nur bis zu dem Zeitpunkt beibehalten werden, bis der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine mehr oder weniger gelöst sein wird	69	49	52	14	21
Die Präsenz russischer Truppen in Belarus ist aktuell nützlich für das Land	67	40	22	8	10
Die meisten meiner Bekannten unterstützen die Stationierung russischer Truppen in Belarus	58	35	22	10	12
Belarus ist im Krieg gegen die Ukraine ein Aggressorstaat	1	3	20	52	57
Die Anzahl der ständig stationierten russischen Truppen in Belarus sollte erhöht werden.	18	13	8	2	8

Quelle: Belarusians' views on the military conflict between Russia and Ukraine, S. 13, Umfrage durchgeführt vom 05.03.2022 bis zum 14.03.2022, https://drive.google.com/file/d/1usMUni92q0VDIBsV2_HW_n7VfxfFe6wwB/view; siehe auch Grafik 5 auf S. 7.

Bewertung der Lage in Russland: Umfragen des Levada Zentrums (März 2022)

Grafik 6: Bewertung der aktuellen Lage im Land (Russland)



	Juli 1996	Februar 1999	Juli 2001	November 2003	Februar 2006	Mai 2008	August 2010	Oktober 2012
Richtige Richtung	32	6	37	40	41	59	48	43
Falsche Richtung	45	80	42	46	44	27	44	39
	Februar 2015	Mai 2017	August 2019	November 2020	September 2021	März 2022	April 2022	
Richtige Richtung	54	56	49	48	46	69	66	
Falsche Richtung	29	28	42	43	45	22	24	

Quelle: Zustimmung zu Institutionen, Bewertung von Parteien und Politikern, Umfragen durchgeführt von Juli 1996 bis 24.-30.03.2022, <https://www.levada.ru/2022/03/30/odobrenie-institutov-rejtingi-partij-i-politikov/>

Die »belarusische« Propaganda in der Berichterstattung über den russisch-ukrainischen Krieg

Andrei Yeliseyeu (EAST Centre – Eurasian States in Transition Research Center, Warschau)

DOI: 10.31205/BA.060.02

Zusammenfassung

Die »belarusischen staatlichen Medien« können nur dem Namen nach als solche gelten. Mehr als anderthalb Jahre schon folgen sie Tag für Tag der Medienagenda Russlands und verbreiten die unglaublichsten Verschwörungstheorien, unter anderem über den russisch-ukrainischen Krieg. So vermeiden sie beispielsweise das Wort »Krieg« und sprechen von einer »militärischen Spezialoperation«, beschuldigen den Westen, dass dieser ihn angezettelt habe und zudem russischsprachige Residenten und Menschen mit russischer Staatsangehörigkeit stark diskriminiert würden. Die ukrainische Regierung wird als nazistisch bezeichnet und es werden Verschwörungstheorien darüber verbreitet, dass Kyjiw angeblich atomare und biologische Waffen entwickle.

Die »belarusischen staatlichen Medien« sind eine großangelegte Fiktion

Der Schriftsteller und Philosoph Voltaire hat sarkastisch angemerkt, dass das Heilige Römische Reich [Deutscher Nation] längst »weder heilig noch römisch, noch ein Reich« sei. Paraphrasiert man diesen Ausspruch Voltaires hinsichtlich der belarusischen staatlichen Medien, so sind diese schon längst weder belarusisch noch staatlich, noch Medien. In Wirklichkeit sind es mit der russischen Propaganda abgestimmte Medien, die nur dem Namen nach »belarusisch« sind.

Die informationelle, politische und finanzielle Unterstützung Moskaus hat es Aljaksandr Lukaschenka ermöglicht, die weitreichendsten Repressionen zu veranstalten, die es im vergangenen halben Jahrhundert auf dem europäischen Kontinent gegeben hat, um nach den gefälschten Wahlen vom August 2020 mit Hilfe roher Gewalt an der Macht zu bleiben.

Belarus hat im Medienbereich innerhalb weniger Wochen nach den historischen Wahlen von 2020 seine Souveränität verloren. Eine Gruppe von »Medienfachleuten« aus Russland trat an die Stelle der Mitarbeiter:innen belarusischer Staatsmedien, die gestreikt hatten. Bereits im September 2020 war die gesamte mediale Agenda der »belarusischen Staatsmedien« sowohl bei innenpolitischen Themen wie auch in Bezug auf das internationale Geschehen kaum noch von der des Kreml zu unterscheiden. Im November 2021 verpflichtete sich Minsk durch die Unterzeichnung eines neuen Integrationspakts mit Russland dazu, praktisch sämtliche seiner Gesetze an russische Normen anzupassen. Nach dem massiven Aufmarsch russischer Truppen auf belarusischem Territorium sprach eine Reihe von Experten von einer de facto erfolgten Besetzung des Landes. Somit hätte Lukaschenka die Hilfe des Kreml

mit dem Verlust der staatlichen Souveränität von Belarus bezahlt.

Sieben zentrale Postulate der Propaganda

Vor dem Hintergrund des soeben Skizzierten ist es nur logisch und unvermeidlich, dass die »belarusischen Staatsmedien« der offiziellen russischen Medienagenda folgen. Insbesondere hinsichtlich der Berichterstattung über den russisch-ukrainischen Krieg lassen sich sieben zentrale Thesen unterscheiden:

1. *Es gibt keinen Krieg, sondern lediglich eine legitime »militärische Spezialoperation«. Belarus ist hier lediglich zum Schutz des russischen Hinterlands beteiligt (Die Nutzung belarusischen Territoriums und seiner Infrastruktur durch die Streitkräfte Russlands werden verschwiegen).*

»Wir haben nicht vor, uns in diese Operation verwickeln zu lassen, die Russland in der Ukraine unternimmt [...] Unsere Aufgabe ist es – das ist in jedem Kampf sehr wichtig, nicht nur im Krieg –, einem Überfall aus dem Rücken der vorstoßenden russischen Streitkräfte vorzubeugen, das ist es, was wir niemals zulassen dürfen«, erklärte Aljaksandr Lukaschenka am 15. März 2022 (<https://youtu.be/49xle70dpAs?t=642>)

2. *Die ukrainische Regierung folgt einer »nazistischen« Ideologie und verübt Kriegsverbrechen. Die russische Seite befreit die Zivilbevölkerung der Ukraine. Diese (und zwar insbesondere die russischsprachigen Einwohner) wurde erniedrigt und diskriminiert.*

In einer Reportage des Fernsehsenders ONT vom 1. März 2022 wurde die Bombardierung des Stadtzentrums von Charkiw als »eine weitere Provokation der Nazi-Kämpfer« bezeichnet (<https://youtu.be/-g2QiYrIKdM?t=450>).

Der ehemalige Botschafter Russlands in Belarus, Dmitrij Mesenzew, erklärte am 27. Februar 2022 in einem Interview für den Fernsehsender *Belarus 1*: »Präsident Putin hat es sehr deutlich gesagt: Man hat uns keine andere Wahl gelassen. Und sich vorzustellen, wie sich Millionen Menschen fühlen, die plötzlich zu Angehörigen einer gewissen Nationalität wurden, wie sich etwa auch ältere Menschen fühlen, die nicht in die Poliklinik gehen können, wenn sie die Sprache nicht sprechen, die zur Staatssprache erklärt wurde [...], und die sich keinen Laib Brot kaufen können, weil sie die Verkäuferin in diesem oder jenem Geschäft nicht auf Russisch ansprechen können« (https://youtu.be/lk_hbirSZJ8?t=378).

3. Den militärische Konflikt haben die Ukraine und der Westen provoziert, der die Ukraine praktisch dirigiert.

Das belarussische Fernsehen zeigte Ausschnitte von Lukaschenkas Treffen mit Vertretern der lokalen Sicherheitsorgane am 1. März, bei dem der Präsident den russischen Einmarsch auf das Territorium der Ukraine als einen Präventivschlag bezeichnete: »Wenn das nicht gemacht worden wäre, dann wären diese Raketen gegen [die belarussischen Siedler] Homel und Mosyr geflogen« (<https://youtu.be/-FMrxDP-F60?t=656>).

»Es ist jetzt schon völlig offensichtlich, dass wenn die militärische Spezialoperation in der Ukraine nicht unternommen worden wäre, dann wäre buchstäblich am nächsten Tag eine Attacke der NATO erfolgt, von Hand der Bandera-Banden und Neonazis. Die russischen Soldaten kamen gerade rechtzeitig. Und sie haben damit Hunderttausende Menschenleben gerettet«, wurde in einer der »Autorensendungen« des Senders *Belarus 1* erklärt (<https://youtu.be/J72UyO-AqVc?t=340>).

4. Die Ukraine hat mit Hilfe der USA und der NATO unter Verletzung internationaler Regeln Atomwaffen gebaut und an der Entwicklung verbotener biologischer Waffen gearbeitet. Es ist nicht auszuschließen, dass die Ukraine an der Verbreitung des Coronavirus schuld ist.

»Es gibt Meldungen, dass die russische Seite im Atomkraftwerk Tschernobyl Belege für militärische Entwicklungsarbeiten entdeckt hat. Das wird derzeit geklärt; es geht um den Bau einer atomaren oder auch nur »schmutzigen« Bombe«, hieß es am 6. März in einer Nachrichtensendung von *Belarus 1* (<https://youtu.be/RsiM3-6RoLU?t=127>).

In einem anderen Beitrag vom 11. März sprach der Sender dann auch von derartigen Arbeiten, die angeblich in Charkiw stattfinden: »Auch heute wurde vom russischen Verteidigungsministerium berichtet, dass es im Physikalisch-Chemischen Institut in Charkow eine Explosion gab. Nach Angaben des Außenministeriums haben die Kämpfer auf diese Weise versucht, die Arbeit an einer schmutzigen Bombe zu verschleiern.

Es wurde ein ganzer Komplex zerstört; unter den Ruinen könnten bis zu 50 Personen liegen« (https://youtu.be/2FBWajqrm_4?t=105).

Der belarussische Fernsehsender ONT verbreitete am 10. März folgende Erklärung eines Sprechers des russischen Verteidigungsministeriums: »Laut Dokumenten hat die amerikanische Seite geplant, 2022 in der Ukraine Arbeiten mit Krankheitserregern von Vögeln, Fledermäusen und Reptilien durchzuführen, um dann zu Untersuchungen überzugehen, wie diese womöglich die afrikanische Schweinepest und Milzbrand übertragen können. In den [von den USA] geschaffenen und finanzierten Biolaboratorien – das wird durch Dokumente belegt – wurden Experimente mit Varianten des Coronavirus von Fledermäusen durchgeführt. Ziel dieser und anderer vom Pentagon finanzierter Forschungen war die Schaffung eines Mechanismus, mit dem heimlich tödliche Krankheitserreger verbreitet werden können« (<https://www.youtube.com/watch?v=m0o7arZMLv4&t=380s>).

5. Die Ukraine und der Westen führen einen Informationskrieg gegen Russland; es wird viel Geld für die Herstellung von unterschiedlichen Fakes ausgegeben.

»Die Kriegspropaganda der Ukraine [in den sozialen Medien] nimmt zielstrebig immer größere Ausmaße an; es wird aggressive ukrainische Kriegswerbung verbreitet, die mit Mitteln der NATO aufgenommen und platziert wird. Ich möchte darauf hinweisen, dass diese Werbung den Timecodes nach zu urteilen schon vor Beginn der Kampfhandlungen vorbereitet wurde, im Januar, Februar«, sagte ein russischer Kommentator am 6. März im belarussischen staatlichen Fernsehen (<https://youtu.be/wkkhOTT9I5A?t=234>).

Dort wurde auch erklärt, dass für die antirussische Medienkampagne allein im Laufe der ersten sechs Tage der Kriegshandlungen 77 Millionen US-Dollar ausgegeben wurden. Unter anderem entspreche der vermeldete Mangel an Bargeld in den Bankautomaten angeblich nicht der Wahrheit und sei ein Fake der ukrainischen Seite, um in Russland »Panik und Chaos zu verbreiten«.

6. Aufgrund der gegen Russland eingeführten Sanktionen durch Länder des Westens untergraben die Länder des Westens ihren eigenen Wohlstand, bringen sich an den Rand einer extremen Krise und sorgen weltweit für Lebensmittelknappheit und Hunger.

»Angesichts des Wirtschaftskrieges und des totalen Sanktionsregimes gibt es keine europäische wirtschaftliche Geschlossenheit mehr. Es wären umgehend Maßnahmen zu deren Wiederherstellung vonnöten, doch ist genau das Gegenteil zu beobachten, nämlich eine Eskalation der Kriegsrhetorik, wie auch Aufrufe, die Verbindungen schärfer und rücksichtsloser zu kappen«, heißt es in einer der Sendungen des Fernsehsenders *Bela-*

rus 1 vom 7. März 2022 (<https://www.youtube.com/watch?v=nzMiYvqTIRQ&t=284s>).

Der belarussische Fernsehsender ONT berichtet am 9. März auf folgende Weise von der sozio-ökonomischen Lage in Italien: »Die wirtschaftliche Lage der Italiener verschlechtert sich, unter anderem vor dem Hintergrund des Preisanstiegs bei Lebensmitteln, Heizkosten und Treibstoff an den Tankstellen. Viele Italiener leben in Armut. Über eine Million Italiener haben ihre Arbeit verloren, weil sie sich nicht impfen lassen wollen. Auf den Straßen der Städte stehen die Menschen nach kostenlosem Essen an« (<https://www.youtube.com/watch?v=6SfJdbW9LSU&t=860s>).

7. Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Ukraine werden Bürger:innen Russlands und russischsprachige Einwohner:innen in den Ländern des Westens nun heftigen Diskriminierungen ausgesetzt. Die Situation erinnert an die Lage der jüdischen Bevölkerung in Nazi-Deutschland. Auch die russische Kultur sieht sich Angriffen gegenüber. Die Haltung in der Europäischen Union gegenüber Bürger:innen Russlands wird in einem der Berichte des Senders *Belarus 1* vom 6. März mit der Lage im Nazi-Reich und der Situation in Spanien im 15. Jahrhundert verglichen (<https://www.youtube.com/watch?v=oBAvKf61BiU>).

In einer anderen Nachrichtensendung wird am gleichen Tag von einer Verfolgung der russischen Kultur

Über den Autor

Dr. *Andrei Yeliseyeu* ist Politologe und Direktor des »EAST Centre – Eurasian States in Transition Research Center« in Warschau sowie Experte beim International Strategic Action Network for Security (iSANS).

Bibliografie

- Yeliseyeu, Andrei: Changes in (Bela)Rus(s)ian Propaganda: The U.S. and Soros advanced Polish-Lithuanian collusion, 28. September 2020; <https://isans.org/columns-en/changes-in-belarussian-propaganda-the-u-s-and-soros-advanced-polish-lithuanian-collusion.html>

und russischsprachiger Einwohner:innen berichtet (die nicht unbedingt Bürger:innen der Russischen Föderation sind): »In Polen werden Schostakowitsch und Tschajkowskij verboten, in Deutschland wird von Kindern regelmäßig verlangt, dass sie sich von Putin distanzieren, und in Berlin kann man [auf der Straße] wegen Russisch verprügelt werden« (<https://youtu.be/bm-luxauQAo?t=265>).

Der gleiche Fernsehsender warnte zudem in einem Beitrag vom 6. März vor einer möglichen »Kristallnacht« gegen Russi:nnen: »In Europa wird man jetzt wegen eines russischen Passes verfolgt, ja sogar einfach wegen der russischen Sprache. Es herrscht Pogromstimmung. Opfer zukünftiger »Kristallnächte« könnten nicht Schwarzhaarige werden, sondern Rothaarige, Stupsnäsige, und nicht diejenigen, die eine krumme Nase haben« (<https://youtu.be/bm-luxauQAo?t=228>).

Somit verbreiten die »staatlichen Fernsehsender von Belarus« wegen des teilweisen Verlustes der belarussischen Souveränität und in Übereinstimmung mit der Medienagenda des Kreml formal Desinformation, eine Ansammlung antiukrainischer und antiwestlicher Klischees sowie eine ganze Reihe Verschwörungstheorien.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Stand: 12.04.2022

KOMMENTAR

Das Rätsel Belarus und die Krise in der Region

Katsiaryna Shmatsina (Belarussisches Institut für Strategische Studien BISS, Minsk)

Die Beteiligung von Belarus an Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine bekräftigt nur das Offensichtliche, nämlich Aljaksandr Lukaschenkas Status als Vasall Moskaus. Als Lukaschenkas Regime die Proteste von 2020 überlebte, indem es sich auf die politische und wirtschaftliche Hilfe des Kreml stützte, waren die tat-

sächlichen Kosten für diese Unterstützung noch nicht klar. Jetzt aber sehen wir, wie die russischen Streitkräfte die belarussische Infrastruktur nutzen, wie jüngst ein Referendum abgehalten wurde, durch das unter anderem der neutrale Status von Belarus aufgehoben wird, und wie mitunter Stellungnahmen über eine mögliche

Stationierung russischer Atomwaffen auf dem Gebiet von Belarus abgegeben werden. In einer Situation, in der Russland seine militärische Stärke demonstriert und seine Truppen in Belarus stationiert hat, erscheint es undenkbar, dass Lukaschenka zu irgendeiner Forderung Wladimir Putins »Nein« sagen könnte.

2021 hatte der Kreml einen Artikel veröffentlicht, der Wladimir Putin zugeschrieben wird, und der von einer »historischen Einheit der Russen und Ukrainer« spricht (Kremlin.ru; 21. Juli 2021). Der Inhalt erklärt sich anhand der Überschrift von selbst. Auch Belarus wird dort erwähnt und unverfroren als integraler Bestandteil der »slawischen« Einheit beschrieben. Ein jüngst bei Ria Nowosti erschienener Propagandabeitrag spricht von einer notwendigen »Umerziehung« und »Bestrafung« für Ukrainer, und von einem Verbot der ukrainischen Kultur und Identität (Ria.ru, 1. April 2022). Es ist wichtig zu verstehen, dass die **Ideologen des Kreml, die den blutigen Angriffskrieg rechtfertigen, für Belarus die gleiche Vision haben und das Land zugunsten der »Russischen Welt« seiner nationalen Identität berauben wollen.**

Wenn es um die Idee von ukrainisch-russischen Friedensgesprächen geht, meldet sich Lukaschenko mit der Forderung, an den Gesprächen beteiligt zu werden. Einige Beobachter fragen, ob Lukaschenka damit seinen Wunsch signalisiert, seine Beziehungen zum Westen wieder in ein Gleichgewicht zu bringen, und ob er ein Opfer von Russlands Revanchismus ist. Hier sollte es wenig Mitgefühl für Lukaschenkas Schicksal geben, da er dafür verantwortlich ist, dass das Land in eine derart schlimme Lage geriet: Er hat sein politisches Überleben mit der Souveränität des Landes erkauft. Ein Platz am Verhandlungstisch würde lediglich dazu dienen, den Diktator zu legitimieren und ihm helfen, sich aus der Isolation nach 2020 herauszumanövrieren.

Wenn wir seit den 1990er Jahren eines über das Regime in Belarus gelernt haben, dann die, dass das Regime es versteht, zwischen Ost und West hin und her zu lavieren. Einige haben gar ironisch angemerkt, dass Lukaschenka mit dieser Strategie Putin überleben könnte, weil dieser den Krieg gegen die Ukraine verlieren oder einem Machtkampf im Innern zum Opfer fallen könnte. Lukaschenka hingegen könnte seine Herrschaft aufrechterhalten, praktisch lebenslang an der Macht

Über die Autorin

Katsiaryna Shmatsina ist politische Analytikerin am Belarussischen Institut für Strategische Studien (BISS) in Minsk. Zuvor arbeitete Katsiaryna Shmatsina für die Projekte zur Rechtsstaatlichkeit und zur demokratischen Regierungsführung der »American Bar Association« (Sektion Internationales Recht) und war als Programmkoordinatorin für Belarus des »International Republican Institute« tätig. Sie hat einen Abschluss als Master für Internationale Beziehung der Universität Syracuse und einen LL.B. der Belarussischen Staatlichen Universität.

bleiben, wenn er nur die Sanktionen übersteht und es dann wieder schafft, sich dem Westen gegenüber als Garant der Stabilität zu verkaufen.

Während der belarussische Außenminister Uladsimir Makej sich an Brüssel mit dem Vorschlag wendet, ein weiteres Mal einen Neustart der Beziehungen zu unternehmen, gehen die Repressionen im Lande selbst weiter. Den »Partisanen«, die Eisenbahntransporte sabotiert haben, um die Verlegung russischer Streitkräfte in Belarus zu verlangsamen, wurde in die Knie geschossen, um ihnen zusätzliche Qualen zu bereiten, obwohl sie der Polizei gegenüber keinen Widerstand geleistet hatten. Politische Gefangene befinden sich unter schwereren Bedingungen als andere Häftlinge, und es gibt mehr Menschen, die zu politisch motivierten Gefängnisstrafen verurteilt werden, und zwar bis zu 15 Jahren.

Diese Krise in der Region bereichert die komplexe Situation in Belarus um eine weitere Ebene. Neben dem geopolitischen Appetit des Kreml haben die Belarus:innen einen Feind im Innern, nämlich das Regime. So sehr es 2020 und 2021 Hoffnungen gegeben hatte, so sehr ist auch die Aussicht auf einen demokratischen Wandel geschwunden. Wir sehen uns Stillstand und fortgesetzten Repressionen gegenüber.

Es gibt keine einfache Lösung für die belarussische Krise. Sanktionen allein werden nicht zu einer Demokratisierung führen. Belarus, das gegenwärtig ein Satellitenstaat Russlands ist, befindet sich in einer Stagnation, bis sich ein neues Fenster der Möglichkeiten öffnet. Ungeachtet der langjährigen Bestrebungen der Menschen in Ostdeutschland oder der Tschechoslowakei fiel die Berliner Mauer und obsiegte die Samtene Revolution, als externe Faktoren, etwa Verschiebungen in den Beziehungen zwischen den Großmächten, sich zu ihren Gunsten entwickelten. Die Aussichten für Belarus sind düster, da die Belarus:innen mit dem Feind im Innern wie auch mit dem äußeren Feind zu kämpfen haben. Gegenwärtig gibt es eher die Hoffnung, dass die Ukraine obsiegt. Und für den Mut der Ukrainer:innen fehlen einem die Worte.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Stand: 15.04.2022

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Olga Dryndova (verantwortlich)
Sprachredaktion: Hartmut Schröder
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University
Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Dr. Astrid Sahn, IBB Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 2192-1350 © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laenderanalysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laenderanalysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laenderanalysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laenderanalysen.de/zentralasien/>